

Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 23.10.2012

I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind – bis auf einige Ausnahmen – keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

Hinweis:

Zur Sitzung des Rates am 23.10.2012 wird keine Aktualisierung dieser Anlage zur Tagesordnung erstellt, da alle für die Sitzung des Rates relevanten Beratungsergebnisse aus den Fachausschüssen bereits in dieser Anlage dargestellt werden!

II. Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Eine Erläuterung erübrigt sich.
- 2 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin/eines stellvertretenden Schriftführers für den Rat**
Vorlage: 0418/2012
Die Vorlage ist beigelegt.
- 3 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 03.07.2012 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 03.07.2012 - öffentlicher Teil**
Vorlage: 0422/2012
Die Vorlage ist beigelegt.
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
Evtl. Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Urbach mündlich bekannt geben.
- 6 Bürgerbegehren für den Erhalt des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums am Standort Reuterstraße und eine Sanierung ab 2013**
Vorlage: 0406/2012
In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 27.09.2012 beantragte die SPD-Fraktion, die Verwaltung möge den Ratsmitgliedern einen Sanierungsplan für das Nicolaus-Cusanus-Gymnasium (NCG) vorlegen. Der Bürgermeister erläuterte, die Verwaltung

werde den Ratsmitgliedern die gewünschte Unterlage vor der Sitzung des Rates am 23.10.2012 zur Verfügung stellen. In Erfüllung dieser Zusage ist ein Auszug aus der Investitionsplanung 2013-2018 – Schulsanierungen – dieser Sitzungseinladung beigelegt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat daraufhin einstimmig bei einer Enthaltung der Freien Wähler beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Rat stellt fest, dass das am 03.07.2012 eingereichte Bürgerbegehren für den Erhalt des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums am Standort Reuterstraße und eine Sanierung ab 2013 zulässig ist.
2. Der Rat entspricht dem Bürgerbegehren.

7 Einwohnerfragestunde

Vorlage: 0374/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

8 Wirtschaftspläne 2013; Einbringung der Entwürfe der Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

a) Immobilienbetrieb

b) Abfallwirtschaftsbetrieb

c) Abwasserwerk

der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2013

Vorlage: 0466/2012

Die Vorlage ist beigelegt. Die Entwürfe der Wirtschaftspläne 2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach, Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach und Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach mit den erforderlichen Anlagen werden den Ratsmitgliedern in der Sitzung des Rates vorgelegt.

9 Jahresabschluss 2010 des Kernhaushaltes der Stadt Bergisch Gladbach

Vorlage: 0394/2012

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in der Sitzung am 12.09.2012 in separater Abstimmung mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Rat macht sich den Bericht der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Rödl und Partner GmbH vom 29.08.2012 über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2010 (Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teileinrichtungen, Bilanz sowie Lagebericht) und den uneingeschränkten kommunalen Bestätigungsvermerk gemäß § 101 Abs. 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu eigen.

Der Rat fasst das Ergebnis der Beratungen des Rechnungsprüfungsausschusses in dem anliegenden eigenen Bestätigungsvermerk, der vom Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses unterzeichnet ist, zusammen.

Sodann hat der Rechnungsprüfungsausschuss mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei einer Enthaltung der Freien Wähler beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

2. Der Rat beschließt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW:

- a) Der Jahresabschluss des Kernhaushalts der Stadt Bergisch Gladbach zum 31. Dezember 2010 und der dazugehörige Lagebericht werden in der am 29.08.2012

durch die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Rödl und Partner GmbH geprüften und am 12. September 2012 im Rechnungsprüfungsausschuss bestätigten Fassung festgestellt.

- b) Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 18.887.259,50 EUR wird aus der im Rahmen der Eröffnungsbilanz gebildeten Ausgleichsrücklage entnommen.
- c) Die Ratsmitglieder erklären sich mit der Haushaltsführung des Bürgermeisters einverstanden und entlasten ihn für das Haushaltsjahr 2010.

Zudem hat die Verwaltung in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 12.09.2012 darauf hingewiesen, dass auf Grund eines Programmfehlers in Teilbereichen der Finanzrechnung noch kleinere Korrekturen im Jahresabschluss 2010 des Kernhaushaltes der Stadt Bergisch Gladbach vorgenommen werden müssen, welche bis zum damaligen Drucklegungstermin nicht mehr eingearbeitet werden konnten. Die entsprechenden Unterlagen sind dieser Sitzungseinladung beigelegt.

10 Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"

Vorlage: 0462/2012

Der Infrastrukturausschuss hat in der Sitzung am 26.09.2012 einstimmig bei einer Enthaltung von DIE LINKE./BfBB beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

- 1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2010 in
Aktiva und Passiva mit 334.914.044,22 EUR
sowie die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresfehlbetrag von 858.571,11 EUR
fest.
- 2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2010 fest.
- 3. Der Jahresfehlbetrag 2010 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

11 Entlastung des Infrastrukturausschusses für den Jahresabschluss 2010 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"

Vorlage: 0461/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

12 Jahresabschluss 2010 der GL Service gGmbH

Vorlage: 0452/2012

Das Antwortschreiben an Herrn Santillán auf seine mit E-Mail vom 26.09.2012 zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses an den Bürgermeister gerichteten Fragen bezüglich der GL Service gGmbH, das den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses in der Sitzung am 27.09.2012 als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben wurde, ist auch dieser Sitzungseinladung beigelegt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 27.09.2012 einstimmig bei einer

Enthaltung von DIE LINKE./BfBB beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH stellte den Jahresabschluss und Lagebericht 2010 der Gesellschaft im vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang am 06.09.2012 fest und entlastete die Geschäftsführer Stephan Dekker und Bruno Hastrich für das Geschäftsjahr 2010. Die Beschlüsse erfolgten vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach. Die von der Gesellschafterversammlung getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gebilligt:

1. In der Bilanz zum 31.12.2010 werden Aktiva und Passiva mit 482.457,68 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresfehlbetrag 2010 mit 42.551,11 EUR festgestellt.
2. Der Lagebericht 2010 wird festgestellt.
3. Der Jahresfehlbetrag 2010 wird in Höhe von 42.551,11 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Die Geschäftsführer Stephan Dekker und Bruno Hastrich (inzwischen als Geschäftsführer der Gesellschaft ausgeschieden) werden für das Geschäftsjahr 2010 entlastet.

13 Beteiligungsbericht 2010

Vorlage: 0459/2012

Die Vorlage ist beigelegt. Der Beteiligungsbericht 2010 liegt den Mitgliedern des Rates vor.

14 Bürgerschaftscontrolling

Vorlage: 0447/2012

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erbat Herr Kamp eine Antwort der Verwaltung zu der Frage der tatsächlichen Höhe einer Bürgerschaft sowie zur Vereinbarkeit zweier Bürgerschaften mit den Bürgerschaftsrichtlinien und wurde auf eine schriftliche Beantwortung zur Sitzung des Rates verwiesen. Die Antwort der Verwaltung ist dieser Sitzungseinladung beigelegt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 27.09.2012 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat stimmt der vom Bürgermeister zum Bürgerschaftscontrolling beabsichtigten Vorgehensweise zu.

15 Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017

Vorlage: 0427/2012

In der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 20.09.2012 korrigierte/ergänzte die Verwaltung die Vorlage mündlich wie folgt:

- Es handele sich um den Schulentwicklungsplan für die Sekundarstufenschulen.
- Die Zahlen zu Teil B des Entwurfs des Schulentwicklungsplans (Seite 71 bis 148), erster und zweiter Spiegelstrich, also Schülerbilanz und Raumprognose, würden dem Ausschuss in der Frühjahrssitzung 2013 vorgelegt werden.
- Der Frage der ÖPNV-Anbindung werde noch einmal nachgegangen. In der Planung seien von der Zuwegung her noch evtl. Änderungen herbeizuführen.
- Auf Seite 4 der Vorlage (entspricht Seite 38 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport) müsse der erste Satz lauten: „Die Nachfrage nach Plätzen an städtischen Gymnasien ist ungebrochen hoch und übersteigt das Angebot leicht.“

- Auf Seite 8 der Vorlage (entspricht Seite 42 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport) in der zweiten Tabelle (hier würden die Auswirkungen einer Gesamtschulgründung in Gronau/Heidkamp dargestellt) müsse bei „Realschulen gesamt“ die Zahl „392“ korrigiert werden. Richtig sei die Zahl „336“, weil durch die mögliche Gesamtschulgründung die Zahl der Realschulplätze abnehmen müsse.
- Auf Seite 10 der Vorlage (entspricht Seite 44 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport), erste Tabelle, sei das OHG mit vier Zügen angegeben. Richtig sei bei dieser Variante aber die Dreizügigkeit.
- Die Gemeinde Odenthal habe seit dem letzten Wochenende festgelegt, eine Elternbefragung durchzuführen, um den Bedarf einer Realschule in Odenthal zu klären. Die Hauptschule in Odenthal befinde sich in der Selbstauflösung und die Gemeinde möchte das nicht mehr nachgefragte Hauptschulangebot am liebsten durch eine Realschule ersetzen und so eine Ergänzung ihres Schulangebotes vornehmen.

Daraufhin hat der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport in separater Abstimmung einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der am 25.01.2011 eingebrachte Entwurf des Schulentwicklungsplans wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

Teil B des Entwurfs (Seite 71 bis 148) wird wie folgt geändert:

- Nr. 2, „Schülerprognose“. Die Aufteilung der Gesamtschülerzahl auf einzelne Schulformen erfolgt neu unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Elternbefragung von Mai 2012.

Daraufhin hat der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport in separater Abstimmung einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Teil B des Entwurfs (Seite 71 bis 148) wird wie folgt geändert:

- Nr. 3, „Raumbilanz“ und Nr. 4 „Ergebnisdarstellung für einzelne Schulen“ werden zunächst gestrichen

Daraufhin hat der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport in separater Abstimmung einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Teil B des Entwurfs (Seite 71 bis 148) wird wie folgt geändert:

- Nr. 5, „Lösungsansätze“ wird wie folgt neu gefasst:

Alternative 1 (Verwaltungsvorschlag)

Am Standort Ahornweg wird zum 01.08.2013 eine neue Gesamtschule errichtet. Die Marie-Curie-Realschule und die GHS Ahornweg nehmen ab dem 01.08.2013 keine neuen Eingangsklassen mehr auf und laufen am Standort aus.

Die Schulverwaltung wird beauftragt, den eingebrachten Entwurf mit Schulen, Schulaufsicht und Nachbargemeinden abzustimmen.

16 Konkretisierung des Verfahrens für mögliche Trägerwechsel im außerunterrichtlichen Angebot an Grundschulen

Vorlage: 0370/2012

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 18.09.2012 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende – im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage geänderte – Beschlussempfehlung zu geben:

Um das beabsichtigte Verfahren bei einem Trägerwechsel im außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen eindeutig zu regeln, werden die „Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. – 10. Lebensjahr“ entsprechend der mit der Vorlage vorgeschlagenen Ergänzung in Ziffer 3.2 der Richtlinien geändert und um die der Vorlage beigefügte Verfahrensordnung mit folgenden Änderungen als Anlage 3 der Richtlinien ergänzt:

Anlage 3 Ziffer 4. – Kündigung – zu den Richtlinien erhält folgende Fassung:

„Erst wenn auch das zweite Vermittlungsgespräch gescheitert ist, kann von der Schule oder dem freien Träger die Kooperationsvereinbarung bis zum 31.12. des Jahres zum Ende des laufenden Schuljahres gekündigt werden. Die Vereinbarung kann mit gleicher Frist im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst werden.“

Anlage 3 Ziffer 6. – Verfahren bei der Auswahl eines noch nicht anerkannten Trägers – Satz 4 zu den Richtlinien erhält folgende Fassung:

„Für diesen Fall werden der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ermächtigt, von der Regelung in Ziffer 3.1 (=anerkannte Träger der Jugendhilfe) eine für ein Jahr geltende befristete Ausnahme zuzulassen.“

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat – der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses folgend – in der Sitzung am 20.09.2012 einstimmig beschlossen, dem Rat die folgende, *eine weitere Änderung auf Antrag der SPD-Fraktion umfassende, geänderte* Beschlussempfehlung zu geben:

Um das beabsichtigte Verfahren bei einem Trägerwechsel im außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen eindeutig zu regeln, werden die „Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. – 10. Lebensjahr“ entsprechend der mit der Vorlage vorgeschlagenen Ergänzung in Ziffer 3.2 der Richtlinien geändert und um die der Vorlage beigefügte Verfahrensordnung mit folgenden Änderungen als Anlage 3 der Richtlinien ergänzt:

Anlage 3 Ziffer 4. – Kündigung – zu den Richtlinien erhält folgende Fassung:

„Erst wenn auch das zweite Vermittlungsgespräch gescheitert ist, kann von der Schule oder dem freien Träger die Kooperationsvereinbarung bis zum 31.12. des Jahres zum Ende des laufenden Schuljahres gekündigt werden. Die Vereinbarung kann mit gleicher Frist im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst werden.“

Anlage 3 Ziffer 5. b) – Verfahrensablauf bei Trägerwechsel – zu den Richtlinien erhält folgende Fassung:

„Sollte keine einvernehmliche Lösung im Rahmen der Beratung durch die Verwaltung des Jugendamtes und das Schulverwaltungsamt gefunden werden, entscheiden der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport nach vorheriger Zustimmung der Schulkonferenz der betreffenden Schule über die Trägerschaft.“

Anlage 3 Ziffer 6. – Verfahren bei der Auswahl eines noch nicht anerkannten Trägers – Satz 4 zu den Richtlinien erhält folgende Fassung:

„Für diesen Fall werden der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ermächtigt, von der Regelung in Ziffer 3.1 (=anerkannte Träger der Jugendhilfe) eine für ein Jahr geltende befristete Ausnahme zuzulassen.“

17 Einführung einer Ehrenamtskarte in Bergisch Gladbach

Vorlage: 0451/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 27.09.2012 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat beschließt die Einführung einer Ehrenamtskarte für ehrenamtlich Tätige, deren Einsatz- oder Wohnort Bergisch Gladbach ist.

18 Abriss der Notunterkunft Gierather Strasse 42, 51469 Bergisch Gladbach, und Neubau an gleicher Stelle

Vorlage: 0442/2012

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 25.09.2012 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Dem Abriss der Notunterkunft Gierather Straße 42, 51469 Bergisch Gladbach sowie einem Neubau an gleicher Stelle wird grundsätzlich zugestimmt.

Im Beratungsverlauf der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 26.09.2012 wurde vorgeschlagen, den Beschlussvorschlag dahingehend zu konkretisieren, dass es sich dabei nicht um einen Maßnahmebeschluss handle. Daraufhin beschloss der Infrastrukturausschuss einstimmig, dem Rat folgende – im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage geänderte – Beschlussempfehlung zu geben:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Sinne der Vorlage einen Maßnahmebeschluss vorzubereiten.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in den Sitzungen am 27.09.2012 einstimmig dieser geänderten Beschlussempfehlung des Infrastrukturausschusses an den Rat gefolgt.

19 Änderung der Parkgebührenordnung

Vorlage: 0463/2012

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss am 27.09.2012 beantragte die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Abschaffung der „Brötchentaste“ und die Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkzeit bis 22:00 Uhr. Für diesen Antrag stimmten die Ausschussmitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Mit den Gegenstimmen der übrigen Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Änderungsverordnung zur Gebührenordnung für Parkuhren/Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Parkgebührenordnung) wird beschlossen.

20 Offenhalten von Verkaufsstellen

Vorlage: 0434/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 27.09.2012 einstimmig bei einer

Enthaltung von DIE LINKE./BfBB beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

**21 I. Nachtragssatzung zur Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach
Vorlage: 0362/2012**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 25.09.2012 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende – im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage geänderte – Beschlussempfehlung zu geben:

Die I. Nachtragssatzung zur Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage unter Berücksichtigung der folgenden Änderung in Artikel 1 der I. Nachtragssatzung zur Satzung für den Seniorenbeirat beschlossen:

„Artikel 1

§ 6 erhält folgende Fassung:

§ 6 Entschädigung

- 1) Die stimmberechtigten Mitglieder des Beirates erhalten zur Abgeltung des ihnen für die Teilnahme an den Sitzungen des Beirates entstehenden Aufwandes ein Sitzungsgeld entsprechend den Bestimmungen für sachkundige Bürgerinnen und Bürger in der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (Entschädigungsverordnung) in der jeweils geltenden Fassung. Für alle vom Beirat beschlossenen Aktivitäten innerhalb des Kreisgebietes wird eine Fahrtkostenentschädigung in Höhe der tatsächlichen Kosten für die Benutzung des ÖPNV oder eine Entschädigung in Höhe der Sätze nach § 6 Abs. 1 S. 2 und Abs. 4 Landesreisekostengesetz (LRKG) bei der Benutzung ihres Kraftfahrzeuges gewährt.
- 2) Dienstreisen von Mitgliedern des Beirates außerhalb des Kreisgebietes bedürfen der vorherigen Genehmigung des Hauptausschusses.“

Zudem hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann auf Antrag der SPD einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend eine Satzungsänderung für den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen in der Form herbeizuführen, dass ein Sitzungsgeld ebenfalls in der in der Entschädigungsverordnung für sachkundige Bürgerinnen und Bürger festgelegten Höhe bestimmt wird.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 27.06.2012 einstimmig dieser geänderten Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

**22 Bebauungsplan Nr. 1428 - Haus Blegge
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
Vorlage: 0395/2012**

Der Planungsausschuss hat in der Sitzung am 19.09.2012 jeweils einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlungen zu geben:

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans (BP) Nr. 1482 - Haus Blegge - gemäß § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) abgegebenen Stellungnahmen der Einwender

T 1 Rheinische NETZGesellschaft mbH wird entsprochen,
T 2 Rheinisch-Bergischer Kreis wird entsprochen,
F 1 Stadt Bergisch Gladbach, Allgemeine Ordnungsbehörde für den
Kampfmittelbeseitigungsdienst wird entsprochen.

Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wurden zur Kenntnis genommen.

- II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den BP Nr. 1482 - Haus Blegge - als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB.

23 Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds mit beratender Stimme in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Vorlage: 0368/2012

Der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung hat in seiner Sitzung am 28.08.2012 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Herr Joachim Schermer wird als stellvertretendes Ausschussmitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW entsandt.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 27.09.2012 einstimmig dieser Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

24 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

24.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 16.07.2012 (eingegangen am 18.07.2012) zur Umbesetzung im Infrastrukturausschuss sowie Benennung eines neuen Ausschussvorsitzenden auf Grund Niederlegung des Vorsitzes durch den bisherigen Ausschussvorsitzenden und Benennung eines neuen stellvertretenden Ausschussvorsitzenden durch die CDU-Fraktion

Vorlage: 0375/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

24.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 12.09.2012 (eingegangen am 14.09.2012) zur Umbesetzung im Vergabeausschuss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach

Vorlage: 0464/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

24.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 25.09.2012 (eingegangen am 26.09.2012) zur Bestellung eines neuen Mitgliedes im Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach und eines neuen Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen

Vorlage: 0465/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

24.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 05.10.2012 (eingegangen am 08.10.2012) zur Umbesetzung im Infrastrukturausschuss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach

Vorlage: 0468/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

- 24.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 09.10.2012 (eingegangen am 09.10.2012)
zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**

Vorlage: 0471/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

- 25 Anträge der Fraktionen**

- 25.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 06.08.2012 (eingegangen am 10.08.2012)
zur Auflösung der "Bäderfonds"**

Vorlage: 0412/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

- 25.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 14.09.2012 zu den Steinen in der Fußgängerzone Innenstadt Bergisch Gladbach**

Vorlage: 0469/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

- 25.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 09.10.2012 (eingegangen am 09.10.2012)
zu einem Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zum Bündnis "Vermögensteuer jetzt!"**

Vorlage: 0472/2012

Die Vorlage ist beigelegt.

- 26 Anfragen der Ratsmitglieder**

Eine Erläuterung erübrigt sich.